

Haushaltsrede 2026  
der SPD Stadtverordnetenfraktion  
24.03.2026

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Anrede,

wie immer will ich meine Haushaltsrede damit beginnen, dass ich denen danke, die in der Verwaltung diesen Haushalt 2026 für uns vorbereitet und entwickelt haben. Das ist nie eine leichte Arbeit, in diesem Jahr wohl noch schwerer als in früheren Jahren. Dazu werde ich noch kommen. Also vorab meinen herzlichen Dank an alle mit der Vorbereitung Betrauten.

Meine Damen und Herren, seit mehr als fünfzig Jahren habe ich Haushaltseinbringungen in dieser Stadtverordnetenversammlung erlebt. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass es schon einmal eine Situation wie in diesem Jahr gab: Die BürgerInnen haben in einer Kommunalwahl entschieden, aber die StVV der abgelaufenen Wahlperiode muss noch einmal zusammen treten und über den Haushalt für das laufende Jahr 2026 entscheiden. Diese äußerst ungewöhnliche zeitliche Konstellation passt aber meiner Meinung nach sehr gut dazu, dass die Rahmenbedingungen zur Aufstellung des Haushalts so ungewöhnlich und schwierig waren in diesem Jahr.

Wieder einmal ließ sich das Land Hessen sehr viel Zeit damit, bis wir als Kommune klare Planzahlen und Vorgaben in der Hand hielten. Und es kam dazu, dass unser Kämmerer und Bürgermeister gesundheitsbedingt nicht immer mit gewohnter Überlast an dem Haushalt mitwirken konnte. Dies hat uns zeitlich nach hinten gebracht, aber, meine Damen und Herren, es hat sich gelohnt diese Zeit in der Erarbeitung zu investieren, denn es liegt uns heute ein Haushaltsplan vor, der es geschafft hat, die Einnahmen und Ausgaben so zu strukturieren, dass insgesamt eine Genehmigungsfähigkeit durch die Finanzaufsicht erreicht wurde. Dies ist eine sehr gute Leistung, und nicht selbstverständlich für alle Kommunen in diesen Tagen.

Werfen wir zunächst noch einmal einen Blick auf die Finanzsituation im Jahr 2025, denn auf dieser setzt der neue Haushaltsentwurf für 2026 ja auf.

Der Haushalt 2025 kam zu Stande nach immensen SpARBEMÜHUNGEN in der Verwaltung, an die ich hier noch einmal erinnern will:

Denn die Ergebnisse der SpARBEMÜHUNGEN der Verwaltung waren beträchtlich: Im Aufwand beliefen sich diese

- Bei Dul auf 1,450 Mio €
- Bei den Stadtwerken auf 0,580 Mio. €
- Beim Personal auf 1,547 Mio. €
- Bei Instandhaltungen auf 1,240 Mio. €

was in der Summe 4,817 Mio. € ergab. Allein schon beim Aufwand.

Diese insgesamt sehr eingekürzten Finanzen kamen aber durch externe Faktoren unter einen weiteren SpARDRUCK.

Da sind auf der Seite der Aufwendungen anzuführen die hohe Inflation, die jährlichen Tarifabschlüsse, die massive Steigerung der Baukosten und die durch den Gesetzgeber erhöhten Standards, z. B. im Bereich des Personals in Kindertagesstätten.

Als Belastung bei den Einnahmen ist zu allererst zu nennen die durch konjunkturelle Schwankungen bedingte niedrigere Einnahme bei der Gewerbesteuer, die steigenden Investitionsfolgekosten für die vollzogenen dringenden Investitionen aber auch der Verzicht darauf, höhere externe Kosten an die BürgerInnen weiterzugeben unter dem Stichwort der „Gebührenstabilität“.

Dennoch konnte die Verwaltung weitere Einsparungspotentiale aktivieren:

Bei den Sach- und Dienstleistungen sind es Einsparungen von 1,3 Mio. € durch weitere Reduktion der planerischen Ausgabenansätze und bei den Personal- und Versorgungskosten solche von 0,9 Mio. € durch weitere Reduktion von Sicherheitspuffern und weitere Budgetierung. Wohlgemerkt: Einsparungen aufbauend auf den bereits sehr eingekürzten Ansätzen des Jahres 2025!

Meine Damen und Herren, so schön diese Bemühungen sich in den Ansätzen des Haushalts 2026 machen und so sehr diese dort begrüßt werden, so sehr müssen sich die verantwortungsbewussten KommunalpolitikerInnen darüber klar sein: Was man damit macht ist so etwas wie der sagemumworbene Ritt über den Bodensee. Die eingesparten Gelder sind als notwendige Ausgaben nicht entfallen oder verschwunden. Sie sind nur nicht in Ansatz gebracht, weil man hofft, auf diese Ausgaben im laufenden Jahr verzichten zu können. Weil die Wasserleitung wohl möglich noch ein Jahr hält, weil die Gebäudeschäden noch kein sofortiges Handeln verlangen, weil der Schaden der Straße noch einmal geflickt werden kann und nicht saniert werden muss, weil die Mitarbeitenden noch ein paar mehr Überstunden zu machen bereit sind. Das klappt hoffentlich im Jahr 2026. Aber jeder weiß, dass das Hinausschieben von zu erledigenden Sachen diese nicht billiger macht. Und dass der Bedarf, Dinge doch angehen zu müssen, oft unerwartet kommt und einen dann in Kalamitäten stürzen kann.

Warum gehe ich auf diesen Aspekt in unserem Haushalt so intensiv ein? Weil ich möchte, dass jeder hier im Raum sich darüber im Klaren ist, dass der dieses Jahr beschrittene Weg zu Schaffung eines genehmigungsfähigen Haushalts nicht jedes Jahr von neuem beschritten werden kann. Wir müssen die Augen dafür öffnen, dass es weiterer Bemühungen bedarf, um mittel- bis langfristig einen Haushalt zu haben, der die Aufgaben in unserer Stadt bewältigt und trotzdem genehmigt werden kann. Dieses Ziel muss uns als oberste Leitschnur immer vor Augen stehen, wenn uns das Wohl unserer Stadt leitet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns jetzt den HH 2026 in einigen Aspekten näher betrachten:

Die Erträge sollen in ihrer Gesamtheit moderat um 480 k€ steigen. Dazu verhilft ein um 925 k€ erhöhter Anteil an der Umsatzsteuer. Aber notwendig ist auch eine Anpassung, sprich Erhöhung, unserer Steuersätze für die Grundsteuer B auf 320 % und für die Gewerbesteuer auf 381 %. Damit passen wir uns an die neuen, vom

Land Hessen festgesetzten Nivellierungshebesätze an. Einnahmen in Höhe dieser Prozentsätze werden uns vom Land und damit auch vom Kreis angerechnet, auch wenn wir niedrigere oder höhere Steuersätze nehmen würden. Damit würde jeder Euro, den wir niedriger als den Nivellierungssatz nehmen, uns doppelt belasten: Er fehlt in unserer Stadtkasse und wir müssen für ihn noch Abgaben bei den Kreisumlagen und bei den Landesumlagen abführen. Abgaben auf Geld, das wir nicht hätten aber haben müssten. Damit gibt es keine vernünftige Alternative dazu, die Steuersätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer auf das Niveau des Nivellierungshebesatzes anzuheben. Wir Sozialdemokraten stimmen diesem zwingenden Schritt ausdrücklich zu.

Meine Damen und Herren, auch mit dieser Erhöhung beträgt der Planansatz für 2026 für die Gewerbesteuer 44,5 Mio €. Er liegt damit noch um 500 k€ unter dem Planansatz für das Jahr 2025. Er spiegelt wider die wirtschaftliche Stagnation und schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und auch die konkreten Gewinneinschätzungen der örtlichen Gewerbesteuerzahler, die Dank der der fest verankerten regelmäßigen Gespräche des Bürgermeisters mit den örtlichen Unternehmen ein sehr realistisches Bild der aktuellen Verhältnisse garantieren. Für diese gute Verbindung sagen wir dem Bürgermeister ausdrücklich unseren Dank.

Wenn man sich nun die Ausgabenseite ansieht, so muss man feststellen, dass die massivsten Verschlechterungen im Bereich der zu zahlenden Umlagen festzustellen sind: Kreisumlage 1,9 Mio €, Schulumlage 1,3 Mio €, Solidaritätsumlage des Landes 1,1 Mio €, zusammen fast 4,4 Mio €.

Da der Kreis einen Doppelhaushalt für 2025 – 2026 hat, kommen von dort keine Veränderungen in den Hebesätzen der Kreis- und Schulumlage. Diese Verschlechterungen sind Folge unseres Berechnungssystems für die zu zahlenden Umlagen. Denn deren Basis sind nicht die Einnahmen des laufenden Jahres, sondern der zweiten Hälfte des Vorjahres und der ersten Hälfte des Vorjahres. Und hier sehen wir das, was uns 2025 das Leben leicht gemacht hat. Die dort überraschend eingetretenen Gewerbesteuerzahlungen für frühere Jahre haben uns ein erfolgreiches Haushaltsjahr 2025 ermöglicht und das Leben leicht gemacht. Aber in 2026 belasten sie uns sehr bei den Umlagen. Zwar nicht unerwartet, aber dennoch belastend.

Der Bürgermeister hat in seiner Haushaltsrede angeführt, dass von jedem Euro Steuereinnahmen die Stadt gerade einmal 36 Cent für die eigenen Aufgaben behält und verwenden darf, der Rest und damit Hauptteil wird über Umlagen abgeführt.

Meine Damen und Herren, ich wäre der Letzte, der nicht in die Klage darüber mit einstimmen würde. Aber ich rufe dazu auf, sich die darunter liegenden Probleme klarzumachen: Der Landkreis ist eine Art Kommunalverband. Er hat, außer den staatlichen Aufgaben, die ihm das Land übertragen hat, nur die Dinge zu erledigen, die die Kommunen nicht einzeln erledigen können oder wollen. Und er hat keine eigenen Einnahmemöglichkeiten, wenn man von der Jagdsteuer absieht. Wer die Kreis- und Schulumlage in ihrer Höhe beklagt, muss sagen, wo eine Leistungsreduktion gewünscht wird. Ich habe noch die Zeit erlebt, als die Kommunen Schulträger waren mit der damit verbundenen immensen Finanzbelastung. Möchten wir jetzt wirklich weniger oder schlechtere Schulen haben? Es muss das, was man

für seine abgeführten Finanzen erhält, stimmig sein zu dem, was als gute Aufgabenerledigung erwartet wird.

Oder anders formuliert: wenn ich 64 % der Einnahmen abführe, dann muss ich auch 64 % aller Aufgaben erledigt bekommen. Und, meine Damen und Herren, dies scheint mir im Hinblick auf Land und Bund nicht gewährleistet.

Bund und Land sitzen an den Haupteinnahmequellen in unserem Staat. Sie nutzen ihre rechtlich Möglichkeit, den Kommunen und damit auch uns Stadtallendorf Aufgaben zu übertragen. Aber sie statten uns nicht mit den dafür notwendigen Finanzmitteln aus, sie verletzen das berühmte Konnexitätsprinzip. Man sieht das exemplarisch an einem Beispiel: der Gebührenfreiheit für Kindergartenplätze für die über 3 Jährigen. Als diese eingeführt wurde war es eine echte Erleichterung und niemand Vernünftiger will sie abschaffen, jedenfalls ich nicht. Aber seither müssen alle Kostensteigerungen von uns als Stadt getragen werden und nicht vom Land. Und das sind alle Steigerungen in der Besoldung, Steigerungen in den Kosten für Materialien und Bauunterhaltung und nicht zuletzt Steigerungen und Veränderungen in dem benötigten Personal.

Dies Beispiel soll illustrieren, dass jede gute Entscheidung in der Folge sich auch zum Problem entwickeln kann. Und ich habe es gewählt, weil die Kita Kosten in den Ausgaben des Haushalts eine Steigerung um über 500 k€, und damit um 14 % erfahren, die ganz überwiegend nicht durch freiwillige Entscheidungen der Stadtverwaltung veranlasst sind.

Damit bleibt die Forderung nach einer konnexitätsgemäßen Verteilung der Einnahmen zwischen Bund, Land und Kommunen als zentrale Forderung bestehen.

Mit welchen Mitteln hat die Verwaltung versucht die finanziellen Zwänge zu bewältigen?

Da sind zum einen, wie bereits dargestellt, die 2,2 Mio € Einsparungen, die die Verwaltung noch zusätzlich verfügt hat, zusätzlich zu den bereits gekürzten Ansätzen aus 2025.

Zum anderen wurden die Investitionen darauf beschränkt, die Erledigung der Pflichtaufgaben, wie den Brandschutz, sicherzustellen und die städtische Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und alle aufschiebbaren Projekte zurückzustellen. Damit ist es gelungen, bei den Investitionen das Defizit von 7,6 Mio € in 2025 planerisch in einen Überschuss von 195 k€ zu verändern und damit die Finanzvolumina so anzupassen, dass der Haushalt 2026 in seiner Gesamtheit eine genehmigungsfähige Finanzstruktur erhält, was das Ziel aller Bemühungen sein musste.

Dies ist eine Herkulesaufgabe, die in dem Entwurf des Haushalts gelungen ist, und die unser Lob und unsere Anerkennung bekommen soll.

Aber wir müssen auch sehen und uns klar machen, was dies im Einzelnen bedeutet. Ich will dies am Fachbereich 4 verdeutlichen: Für diesen steht im Jahr 2026 kein Geld für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung. Aus dem Projekt Soziale Stadt gibt es Förderbescheide in Höhe von 230 k€, die mit Ablauf des Jahres 2026 verfallen würden. Sie stellen eine 66 % Förderung dar für die angemeldeten, von uns hier in

der StVV beschlossenen Maßnahmen wie Kirmesplatz in der Altstadt, Fahrradweg zu Haartsiedlung und Grünes Band Altstadt – Stadtmitte. Um die Fördergelder nicht zu verlieren müssen, zusätzlich zu den schon laufenden Investitionsmaßnahmen aus dem Vorjahr, noch etwa 180 k€ investiert werden in 2026, von denen die Stadt nur 60 k€ netto zu tragen hätte.

Deshalb muss im Verlauf des Jahres 2026 ermöglicht werden, diese 60 k€ für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Denn sonst zahlen wir für jeden bei Realisierung mit Förderung benötigten Euro bei der späteren Realisierung 3 Euro stattdessen. Und ich kenne niemanden, der dies als wirklich sparsam und vernünftig ansehen würde.

Dies im jetzigen Plan planerisch ändern zu wollen würde einen größeren Aufwand bedeuten, weshalb wir es auch nicht beantragen. Aber ich gebe der Verwaltung und uns allen dies als Aufgabe schon jetzt mit auf den Weg: Es muss im Jahr 2026 gemeistert werden, wenn wir nicht töricht sein wollen.

An dieser Stelle ist ein Verweis auf einen haushaltsrelevanten Sachverhalt angezeigt. Wir wissen, dass das Sondervermögen, das der Bund aufgelegt hat, uns absehbar Mittel von 5,2 Mio € zur Verfügung stellen wird.

Diese Gelder planerisch im Haushalt 2026 zu vereinnahmen, darauf hat die Verwaltung nach Maßgabe des Bürgermeisters verzichtet. Das war klug, denn zum einen weiß man noch nicht die genaue Höhe und die Verwendungsregeln für diese Zuwendung. Zum anderen hätte die Zeit, die die StVV benötigt hätte um diese Gelder vernünftig aufzuteilen, eine unverantwortbare zeitliche Verzögerung für das Inkrafttreten des Haushalts 2026 bedeutet. Denn ohne diesen beschlossenen Haushalt, bei vorläufiger Haushaltsführung, hätten viele Menschen und Einrichtungen extrem lange auf die von ihnen erwarteten städtischen Mittel warten müssen, mit allen daraus resultierenden Schwierigkeiten.

Deshalb ist der vorgesehene Weg richtig. Die Verwendung der Sonderzahlung geschieht mit der neugewählten StVV. Und ist dann gleich ein Prüfstein für deren Arbeitsfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Die Stadtgesellschaft wird es mit Interesse verfolgen. Und ich wünsche der neuen StVV, in der ja viele von uns sitzen werden, viel Erfolg bei dieser Aufgabe.

Lassen sie mich noch zu den Haushalten der Städtischen Eigenbetriebe kommen.

Beim EB Dui werden gemäß der generellen Direktive die angefangenen Investitionen planmäßig zum Ende gebracht. Das Familienzentrum, das diese Woche eröffnet wird, der Erweiterungsbau der Kita Hatzbach, die Erweiterung und barrierefrei Umgestaltung des DIZ, das sind die laufenden Projekte auf dem Weg zur Verwirklichung. Der Umbau der Kita Süd ist das große neu startende Projekt, das jetzt nach Vollendung des Familienzentrums in Angriff genommen werden kann. Sie alle sind gut auf dem Weg, zusammen mit den weiteren Vorhaben.

Wie immer ist der Wirtschaftsplan von Dul klar strukturiert, inhaltlich sehr aussagekräftig und allen Anforderungen an den Eigenbetrieb genügend. Er wird die uneingeschränkte Zustimmung meiner Fraktion erhalten.

Und es scheint mir an der Zeit, noch einmal die besonderen Vorzüge der vor 20 Jahren vorgenommen Einrichtung dieses Eigenbetriebs für unsere Arbeit zu betonen. Erst in dieser Struktur konnte jedem nachvollziehbar aufgezeigt werden, wie unsere

Entscheidungen zu Investitionen und zur Nutzung unserer Liegenschaften zusammenhängen. Jeder hat mittlerweile gelernt, dass es keine kostenunwirksame Nutzung städtischer Liegenschaften gibt. Und dass diese Kosten richtig beziffert werden können und müssen und an der richtigen Stelle zum Ansatz gebracht werden müssen. Diese Zusammenhangsstruktur in ihrer Gänze macht erst Entscheidungen rational nachvollziehbar und in ihrer Wirkung einschätzbar. Ich weiß, dass manch einer in unseren Reihen sich diesen Realitäten verschließen will. Aber dies wird nichts ändern können, denn Ignorieren schafft keine neuen Realitäten.

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke ist wie immer transparent strukturiert und macht uns Parlamentariern klar, welche begrenzte Entscheidungs- und Eingriffsmöglichkeiten es für die StVV nur gibt. Bei Gebührensatzungen sind die realen Zahlenverhältnisse in die Gebühren umzusetzen. Wenn nicht heute, dann doch in den kommenden Jahren, ohne dass irgendwelche Kosten unter den Tisch fallen können. Insofern ist der Wirtschaftsplan eher Lektüre, denn Handlungsgebot. Bei den gegebenen Zahlenverhältnissen keine Gebührenanpassung vorzunehmen ist rational und vernünftig. Deshalb wird auch dieser Wirtschaftsplan die Zustimmung meiner Fraktion erhalten.

Nicht Gebührenhaushalt sind die Zuschüsse der Stadt zum Bäderbetrieb. Aber wer wie wir ein klares Bekenntnis zu unseren Bädern abgibt, der muss auch die damit verbundenen Zuschüsse zu tragen bereit sein. Das sind wir.

Neu aufgenommen in den Entwurf ist der Betriebszweig erneuerbare Energien, den die StVV durch ihren Beschluss in der letzten Sitzung neu eingerichtet hat und in dem die Abwicklung der Beteiligung „Hopfenberg“ vollzogen wird. Ich bin der Betriebsleitung sehr dankbar, dass sie diese Neuerung noch in die laufende Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan einarbeiten konnte. Die SPD Fraktion verspricht sich sehr will positive Effekte aus diesen Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, meine Ausführungen haben hoffentlich verdeutlicht, dass nach Einschätzung meiner Fraktion der HH 2026 ein guter und gangbarer Plan ist, dessen Qualität vor dem Hintergrund der beschwerenden Rahmensituation noch höher zu bewerten ist.

Vor diesem Hintergrund hat es mich auch in diesem Jahr sehr irritiert, wie die zweite Lesung des Haushalts verlaufen ist. Nachdem zwischen erster und zweiter Lesung außer dem Antrag der Grünen zur Musikschule (der dank der Entscheidung im FA I den Entwurf des Haushaltes nicht veränderte) keine konkreten Veränderungswünsche benannt wurden, war es völlig irritierend, dass am Ende der Ausschussberatungen nur die SPD Fraktion ein – positives – Votum zu dem Entwurf abgab.

Meine Damen und Herren, ich bin gewillt, mir jeglichen möglichen Beweggrund vorzustellen. Aber mir fällt nichts ein, was ein Grund dafür sein könnte, innerhalb des förmlichen Entscheidungsgangs nicht aktiv mitzuarbeiten. Nicht von einem gesehene Mängel und offenen Fragen anzusprechen, sich nicht um Abhilfe zu bemühen.

Meine Damen und Herren, ich habe in den mehr als 25 Jahren, die ich die SPD Fraktion in diesem Hause leiten durfte, meiner Fraktion immer gesagt: Der Mensch, der die Arbeit der Stadtverordneten von außen verfolgt, der muss erkennen können,

was die StVV mit einem Beschluss erreichen will, muss verstehen können, wenn man nicht zustimmt und warum man dies tut. Muss erkennen können, dass und wie man sich bemüht, geeignete Kompromisse zu finden. Und immer auch klar erkennen können, dass man das Wohl unseres Gemeinwesens als oberste Leitschnur hat. Meine Damen und Herren außerhalb der SPD Fraktion, das ist mir beim besten Willen bei ihrem Verhalten am Dienstag nicht möglich. Und ich glaube, nicht nur ich bedauere das.

Wir haben im Arbeitskreis Haushalt alles ange- und vorbesprochen. Wir haben eine Haushaltsvorlage für 2026, die sich daran orientiert und diese Inhalte umsetzend einen genehmigungsfähigen Haushalt darstellt. Dies müsste jeder so sehen.

Nach meinen Ausführungen sollte es niemanden verblüffen, dass die SPD Fraktion diesem HH-Plan 2026 einschließlich der Wirtschaftspläne ihre Zustimmung gibt, und überzeugt ist, dass der Haushalt seine Wirkung zum Wohl der Stadt Stadtallendorf und der Menschen dieser Stadt entfalten wird.

Wir vertrauen darauf, dass sich diese Einschätzung auch für alle anderen Mitglieder der StVV ergibt und sie zu einem positiven Votum bewegt.

Ich danke Ihnen für ihr geduldiges Zuhören.